

VWU – Ed.-Mann-Str.3 – 67280 Ebertsheim

Guido Dahm  
Eduard-Mann-Str. 3  
D-67280 Ebertsheim/Pfalz

Tel. 06359 82 577  
Fax: 06359 939 190  
eMail: [guido.dahm@vwu-rlp.de](mailto:guido.dahm@vwu-rlp.de)  
Internet: <http://www.vwu-rlp.de>  
News: <http://www.vwuaktiv.de>

**An die  
SPD und Grüne  
Koalitionsverhandlungskommission**

11.04.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband für Wirtschaft und Umwelt in Rheinland-Pfalz setzt sich seit 1997 für nachhaltiges Wirtschaften in unserem Bundesland ein. Er bildet ein Netzwerk aus unterschiedlichen Unternehmen aus dem Erneuerbaren Energiebereich, aus dem ökologischen Wein- und Landbau und aus Beratungsagenturen mit ganzheitlichem Ansatz.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz haben am 27. März 2011 gewählt. Dabei haben Sie besonderen Wert auf eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Energiepolitik gelegt: zukunftsbejahend und risikomindernd. Gerade in den letzten 12 Monaten vor der Wahl haben sich Meldungen zu den verheerenden Auswirkungen der Klimakatastrophe, der Verseuchung großer Meeres- und Landflächen durch die Tiefseeölpattform Deepwater Horizon und zu dem Supergau von Fukushima gehäuft.

Nicht nur die Wählerinnen und Wähler, auch viele Unternehmen in Rheinland-Pfalz erwarten einen sichtbaren Umschwung in der künftigen Wirtschafts-, Energie- und Forschungspolitik des Landes. Wir sind uns bewusst, dass die Versorgungssicherheit bei der Energie Grundlage unseres Wohlstandes in unserem Bundesland darstellt. Unter dieser Prämisse erwarten wir, dass alles getan wird, um aus der atomar-fossilen Energiewirtschaft auszusteigen und die künftige Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bewerkstelligt wird. Selbst die vom Bundesministerium der Wirtschaft in Auftrag gegebene Studie „Voraussetzungen einer optimalen Integration erneuerbarer Energien in das Stromversorgungssystem“ kommt zu dem vorsichtigen Schluss, dass sich bis 2020 etwa 40 Prozent des Stroms in Deutschland ohne gravierende Probleme mit Öko-Strom-Kraftwerken erzeugen lassen – sogar, wenn gleichzeitig die Kernkraftwerke entsprechend des alten Atomausstiegs nach und nach abgeschaltet werden.

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt erwartet, dass beide Parteien die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für einen Neuanfang in der Energiepolitik schaffen. Wir erwarten, dass sich Bündnis 90/Die Grünen von Vorbehalten gegenüber Erneuerbaren Energieanlagen (Freiflächensolaranlagen, Biomasseanlagen, Pumpspeicherwerken) lösen. Von den Sozial-

demokraten erwarten wir, dass sie sich von der Energiepolitik des letzten Jahrhunderts mit seinen klimaschädlichen Kohlekraftwerken und gefährlichen Atomkraftwerken lossagen.

Auch wir verkennen die Tatsache nicht, dass die heutige Generation von Wind- und Solar-kraftwerken sowie die heutigen Biogas- und Biomasseanlagen Nachteile haben. Landschafts- und Flächenverbrauch, Umweltbelastungen und landwirtschaftliche Anbaukonkurrenzen sind hier zu nennen. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass die heutigen Anlagen lediglich eine „Brückentechnologie“ darstellen. Enorme Effizienzsteigerungen werden bei den Erneuerbaren in wenigen Jahrzehnten zu deutlich reduzierten Anlagenanzahlen führen. Für eine Übergangszeit sind die im Vergleich zur atomar-fossilen Energieanlagen eher geringen Nachteile hinzunehmen. Wir begrüßen es, wenn die neue Regierung mit Hilfe partizipativer Ansätze für diese Brückentechnologien werben. Gleichzeitig sollen alle Anstrengungen in der rheinland-pfälzischen Forschungslandschaft unterstützt werden, die zu effizienteren Energienutzungsformen führen.

Wir bitten die Verhandlungspartner darauf hinzuwirken, dass ...

- eine Bündelung der vielfältigen Initiativen im Bereich der Erneuerbaren Energien des Landes erfolgt, bspw. in Form einer eigenständigen Landesenergieagentur,
- Energie- und Materialeffizienz, bspw. durch Nanotechnologien, Erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität zu Leitthemen der Innovations- und Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz werden,
- Investitionsförderungen durch das Land an Kriterien für Energie- und Materialeffizienz gekoppelt werden und die Antragsteller auch im Sinne einer Lebenszyklusbetrachtung Betriebs- und Folgekosten darlegen müssen,
- Landesentwicklungs-, Regionalentwicklungs- und kommunale Entwicklungspläne künftig der Energiewende eine klare Priorität einräumen,
- eine noch stärkere regionale Entwicklung durch die Stärkung der wirtschaftlichen Möglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen eingeleitet wird. Denn gerade die wirklich „kleinen“ Betriebe sind in den ländlichen Räumen in Rheinland-Pfalz der „Normalfall“,
- die finanzielle Eigenkapitalausstattung von kleinen Unternehmen gestärkt werden und Landesbürgschaften für Mikrokredite für unternehmerische und berufliche Zwecke geöffnet werden,
- sich die Regierung umgehend für ein Moratorium und anschließende Rücknahme der verschärfenden Rahmenbedingungen gegenüber der Solarförderung auf Bundesebene einsetzt.

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit viel Sonne, mit viel Wind, mit großen Biomasseanteilen und günstiger Topografie für Speicherkraftwerke. Eine zukunftssichere Energieversorgung ist in kurzer Zeit mit diesen Energieträgern realisierbar. Im Rahmen eines landesweiten, virtuellen Kombikraftwerkes sind diese vernetzbar und gewährleisten eine sichere und nachhaltige Energieversorgung des Landes. Das sichert die bestehenden Arbeitsplätze in der Industrie, im Gewerbe, im Handel und Handwerk und schafft neue Arbeitsplätze. Eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Bildungs- und Gesundheitspolitik unterstützt diesen Anspruch.

Bitte leiten Sie in diesem Sinne mit einer neuen Regierungskoalition den dringend benötigten Strukturwandel in Rheinland-Pfalz ein.

Mit freundlichen Grüßen  
VWU Vorstand